

Protokoll der Onlinesitzung des JHA vom 03.03.2022 und der anschließenden Beschlussfassung im Umlaufverfahren

Zeit: 14:30 – 16:58 Uhr

Datum 03.03.2022

Vorsitz: Frau Hüsken

Protokoll:

Stimmberechtigte Teilnehmer/-innen

Mitglied		Stellv. Mitglied	
Ahrens, Sandra	X	Van der Smissen, Telly	X
Morawietz, Melanie	X	Winter, Wiebke	<input type="checkbox"/>
Lürßen, Helga	X	Eckardt, Kerstin	X
Krümpfer, Petra	X	Bredehorst, Gönül	<input type="checkbox"/>
Pfeiffer, Birgit	X	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	X	Pörschke, Thomas	<input type="checkbox"/>
Dr. Eschen, Solveig	X	Hupe, Christopher	<input type="checkbox"/>
Tuncel, Cindi	X	Leonidakis, Sofia	<input type="checkbox"/>
Kocas, Yasar	X	Buhlert, Dr. Magnus	<input type="checkbox"/>
Schmitt, Bernd	X	Witte, Gabriele	<input type="checkbox"/>
Barde, Hanns-Ulrich	X	Ziegler, Gerd	<input type="checkbox"/>
Kastens, Christina	X	Poort, Tina	<input type="checkbox"/>
Hüsken, Swantje	X	Wulff, Anina	<input type="checkbox"/>
Appelhagen, Sara	<input type="checkbox"/>	Favari, Mario	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	X	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai	<input type="checkbox"/>	Merkel, Monica	<input type="checkbox"/>

TOP 01: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in vorliegender Form genehmigt.

TOP 02: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Herr Diener berichtet über den aktuellen Sachstand zur Ukraine. Es wird eine größere Zahl von hilfeschuchenden Menschen, vor allem Erwachsene und Frauen mit Kindern, erwartet. Dabei wird ein Teil der hilfeschuchenden Menschen familiär unterkommen und der andere Teil in den klassischen Einrichtungen untergebracht. Laut Stand vom 02.03.2022 sind 141 Flüchtlinge in Bremen angekommen.

Herr Jablonski ergänzt, dass man bereits mit Blick auf die Versorgung unterhalb des schulpflichtigen Alters alte Konzepte aus 2015 bewerte und neue Lösungen anstrebe. Gespräche mit Vertretungen der Kindertagesbetreuung seien bereits geplant.

Auf Nachfrage ergänzt Herr Jablonski, dass in den Einrichtungen für geflüchtete Menschen auf bestehende Angebote zurückgegriffen werden kann, jedoch ein weiterer Ausbau zentral und dezentral notwendig sein wird. Hierbei sind auch Konzepte wie die mobile Betreuung oder zunächst niedrigeschwelligere Angebote denkbare Optionen.

Die Vorsitzende und das Gremium bringen ihre Erschütterung zum Ausdruck.

TOP 03: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.02.2022.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

-

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 03.02.2022 wird genehmigt.

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 04: Aktueller Sachstand Corona – Austausch

Herr Diener erklärt, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht alle Mitarbeiter:innen betrifft, die in Einrichtungen arbeiten die seelisch behinderte oder von seelischer Behinderung bedrohte Kinder betreut. Die Träger sind aufgefordert, die nicht vollständig geimpften Mitarbeiter:innen dem Gesundheitsamt zu melden. Die Nachmeldefristen sind noch nicht zwischen den Ländern abgestimmt. Es besteht ein regelmäßiger Austausch mit den stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie den weiteren Bereichen wie der Schulbegleitung und der Frühförderung, in denen Detailfragen beraten und bewertet werden. Herr Jablonski berichtet für den Bereich der Kindertagesbetreuung, dass hier seit Februar tendenziell sinkende Infektionszahlen beobachtet werden können. Weiterhin besteht eine Testpflicht in den Kindertagesstätten. Die bereits im vorherigen Ausschuss besprochenen Maßnahmen und Regelungen werden voraussichtlich bis zu den Osterferien bestehen bleiben.

Herr Barde fragt an dieser Stelle nach den angekündigten 100.000 Masken für die offene Kinder- und Jugendarbeit und berichtet, dass diese noch nicht flächendeckend angekommen sind.

Herr Diener berichtet hierzu, dass die Verteilung der Masken über eine zentrale Verteilerstelle bearbeitet wird und er hierzu noch einmal im Krisenstab nachfragen wird.

TOP 05: Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach §75 SGB VIII für die Stadtgemeinde Bremen „Friedehorst Teilhabe Leben gGmbH“

Herr Seidel führt in die Vorlage ein.

Frau Korb fügt hinzu, dass der Träger Friedehorst Teilhabe Leben gGmbH seit vielen Jahren geistig, körperlich oder mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche betreut und auch in der Arbeit mit seelisch behinderten jungen Menschen viel Erfahrung vorweisen kann. In den letzten Jahren haben sie stetig ihr Angebot erweitert und bieten beispielsweise auch Begleitung und Assistenz in Schulen in beiden Rechtskreisen (SGB IX, VIII) an.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Herr Seidel, Frau Korb, Herr Diener, Frau Ahrens

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen beschließt, „Friedehorst Teilhabe Leben gGmbH“ als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII für die Stadtgemeinde Bremen anzuerkennen

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 06: Bericht zum Stand der Versorgung, Betreuung, Teilhabe und Integration unbegleiteter minderjähriger Ausländer:innen (umA)

Herr Diener informiert, dass ein großer Teil des Berichts die Integrationsbemühungen in den verschiedenen Phasen sowie in den verschiedenen Institutionen beschreibt. Es besteht eine gute kooperative Infrastruktur, sodass die Integration in Bremen erfolgreich funktioniert.

Ein weiterer Teil des Berichts ist das statistische Material, aus dem deutlich wird, dass seit Sommer 2021 wieder deutlich steigende Fallzahlen bei den UMAs zu verzeichnen sind und damit erneute Ausbaubedarfe entstehen.

Auf Nachfrage fügt Herr Casper hinzu, dass es eine sehr gute und enge operative und strukturelle Zusammenarbeit zwischen der Polizei (bzw. der Innenbehörde) und dem Jugendamt gibt. Sobald es Hinweise auf Schlepperbanden gibt, erhält das Migrationsamt Kenntnis darüber und erstattet regelhaft Anzeige. In Bezug auf die unbegleitet einreisenden Kinder erläutert Herr Casper, dass es sich hier um Minderjährige handelt, die ohne erforderliches Visum nach Deutschland gebracht werden, um zu ihren leiblichen Eltern (in der Regel: der Kindesmutter) nachzuziehen. Das Jugendamt Bremen überprüft in allen diesen Fällen die Personensorgeberechtigung der Erwachsenen. Hinweise auf sexuelle Ausbeutung der Kinder gab es bislang nicht.

Herr Busche merkt an, dass der Bericht nicht für sich spricht, er animiert zu vielen Fragen, die an dieser Stelle nicht diskutiert werden, allerdings regt er einen fachlichen Austausch mit allen beteiligten Trägern zum Thema Integration an. Herr Busche sieht hier insbesondere Gesprächsbedarf

an den Schnittstellen der Verselbstständigung, dem Themenkomplex der Übergänge sowie schulische und berufliche Integration.

Herr Diener bittet Herrn Busche darum, die offenen Diskussionspunkte dem Fachreferat schriftlich zur Verfügung zu stellen, um die offenen Fragen beantworten sowie das weitere Vorgehen bewerten zu können.

Des Weiteren bittet Frau Ahrens um einen regelmäßigen Austausch zum Thema, damit ein regulärer Informationsfluss sichergestellt ist.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Herr Diener, Herr Casper, Frau Ahrens, Herr Busche, Herr Labatzki

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 07: Entwicklung eines Leitbildes für die Jugendverbandsarbeit in der Stadtgemeinde Bremen

Herr Seidel führt in die Vorlage ein.

Das Gremium begrüßt die Vorlage und den Einstieg in den Prozess.

Auf Nachfrage wird der in der Vorlage genannte Zeitplan noch einmal bestätigt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: -

Herr Seidel, Herr Edwards, Herr Tuncel, Herr Schmitt

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Entwicklung eines Leitbilds für die Jugendverbandsarbeit, wie dargestellt, zu.

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 08: Berichtssystem der Jugendberufsagentur (JBA) in der Freien Hansestadt Bremen

Herr Schaller führt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll angehängt wird, in die Vorlage ein.

Es folgt eine ausgiebige Debatte über die Frage der Wirkungen der Beratungsangebote und ob sie das Ziel erreichen, jungen Menschen dazu zu befähigen, eine Ausbildung anzugehen. Hierbei wird vor allem die Vielfalt der unterschiedlichen Angebote in den Blick genommen. Deutlich wird, dass nach wie vor die hohe Arbeitslosigkeit im Bereich der jungen Menschen zu Sorgen führt.

Herr Diener erläutert hierzu, dass die Vielzahl der Angebote vor allem auch mit der Vielfalt der individuellen Problemlagen der jungen Menschen zusammenhängt und es daher einer differenzierteren Betrachtung bedarf.

Auf Nachfrage wird die aufsuchende Beratung noch einmal näher erläutert, die durch eine Bandbreite der Kontaktaufnahmemöglichkeiten sicherstellt, dass die jungen Menschen erreicht werden. Fokus ist des Weiteren, dass Angebote der Ressorts miteinander verzahnt und gemeinsame Lösungen im Sinne der jungen Menschen gefunden werden.

Das Gremium bittet darum, das Thema in der zweiten Jahreshälfte erneut aufzurufen und die Beratungsangebote in Zusammenhang mit den aktuellen Ausbildungszahlen einzubringen.

Der Bericht wird in den Deputationssitzungen Soziales, Jugend und Integration, Kinder und Bildung sowie Wirtschaft und Arbeit bekannt gemacht.

Weitere aktuelle Entwicklungen können über den folgenden Instagram-Link mitverfolgt werden:
https://www.instagram.com/jba_zukunftklarmachen/.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Herr Schaller, Herr Labatzki, Frau Ahrens, Frau Krümpfer, Frau Görgü-Phillip, Herr Diener

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 09: Interessenbekundungen – Weitere Umsetzungsempfehlung

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Frau Hussmann-Kenfack

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt wie folgt: Vegesack: Es wird empfohlen den Standort Gerhard-Rohlf's-Straße/Schulkenstraße (ehem. Hartmannstift / DRK Kreisverband Bremen e. V. umzusetzen.

Zustimmung: 15

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 10: Berichte der Verwaltung

Bericht IKO-Vergleichsring Hilfen zur Erziehung

Herr Diener führt in das Thema ein. Dabei weist er daraufhin, dass das Verhältnis von ambulanten zu stationären Hilfen sich in Bremen kontinuierlich zu einem höheren Anteil der ambulanten verändert hat, d.h. dass das Ziel, die Familien in ihrer Erziehungsfähigkeit zu stärken und familienunterstützend zu arbeiten, besser erreicht wird.

Daraufhin wird im Gremium ausgiebig diskutiert, ob anhand des statistischen Materials die Wirkungsweise der Hilfen abgeleitet werden kann. Grundsätzlich kann man nicht davon ausgehen, dass ambulante Maßnahmen immer die bessere Entscheidung vor stationären Maßnahmen sind. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass der Bericht widerspiegelt, dass in Bremen erst sehr spät in stationäre Hilfen eingestiegen wird, was ebenfalls die Frage aufwirft, ob der Leitsatz „ambulant vor stationär“ der richtige Weg ist.

Herr Ramke erläutert hierzu, dass in jedem Einzelfall eine Entscheidung gesondert geprüft wird. Dennoch ist das fachliche Ziel, die Eingriffsintensität auf einem geringen Niveau zu halten, wenn es fachlich vertretbar ist und dem Kindeswohl entspricht.

Herr Grönert fügt hinzu, dass die Debatte über eine Fremdplatzierung generell schwierig ist, da kein Garant besteht, dass dadurch eine bessere Entwicklung für die Kinder und Jugendlichen erreicht wird. Wenn gegen den Willen der Eltern das Jugendamt aktiv werden muss, ist eine stationäre Unterbringung das letzte Mittel.

Grundsätzlich geht es in erster Linie darum, die Familie zu stärken und eine Lebensumwelt zu schaffen, die den Kindern in ihren Familien ein gutes Aufwachsen ermöglichen. Hierbei geht es nicht darum, eine Hilfe zu bevorzugen, sondern gemeinsam mit den Kindern/Jugendlichen und deren Familien passgenaue Hilfen zu entwickeln. Des Weiteren sollen Ressourcen aktiviert und Sozialräume entsprechend gestaltet werden.

Herr Diener ergänzt hierzu, dass in der bundesweiten Forschung festgestellt wurde, dass ca. 25% der Hilfen kontraindiziert eingeleitet werden, hier gibt es jedoch keine signifikanten Unterschiede zwischen dem ambulanten oder stationären Bereich. Der entscheidende Faktor ist viel mehr der Grad der Beteiligung der einzelnen Familien. Ein wichtiger Fokus liegt also darauf, ob die Hilfen für die Familien gemeinsam erarbeitet wurden.

Die freien Träger regen in diesem Zusammenhang an, eine entsprechende Untersuchung auch in Bremen durchzuführen.

Herr Diener gibt einen Hinweis auf die geplante Wirkungsevaluation, die mit dem Institut IKJ durchgeführt wird. Am 07.03.22 findet eine Kick-Off-Veranstaltung für die freien Träger statt.

Die IKJ Studie ist in das Gesamtpaket der Personalbemessung des Jugendamtes eingebunden. Der Jugendhilfeausschuss und die Deputation waren bereits im November 2019 damit befasst, es entstanden jedoch Verzögerungen aufgrund der Pandemie und der Einführung des neuen Fachverfahrens SoPart im gesamten Bereich Junge Menschen. Aktuell wird nun aber mit der Wirkungsevaluation begonnen, mit validen Ergebnissen ist nach 2 – 3 Jahren zu rechnen. Die Studie läuft bis 2025. Der Ausschuss wird regelmäßig über Zwischenergebnisse (erstmalig Anfang 2023) informiert.

Nachtrag zu Schaffung und Erweiterung von ergänzenden niedrigschwelligen Angeboten für nicht schulpflichtige Kinder ohne Kitaplatz (Nachtrag zu TOP 9, JHA 16.12.2021)

Frau Gerking berichtet, dass der Fokus der Fragestellung auf der Finanzierung lag. Hierzu können sie leider noch keine neuen Sachverhalte benennen. Die Finanzierung der sozialpädagogischen Spielkreise müssen an die Start-Up Spielkreise angepasst werden, da beide ein ähnliches Betreuungsangebot haben. Hierzu bedarf es einer Änderung der Richtlinie. Frau Gerking ist zuversichtlich, dass dies bis zur Sommerpause umgesetzt ist.

Hinweis auf Informationsveranstaltung zu Sozialindikatoren/Jugendeinwohner: innen am 14.03.2022

Am Montag, den 14.03.22 um 16.00 Uhr findet die Informationsveranstaltung zur

„Mittelverteilung für die stadtteilbezogene Offene Jugendarbeit 2022/2023“ über Zoom statt. Die Mitglieder und deren Stellvertretungen wurden hierüber über die Geschäftsführung des Jugendhilfeausschusses per Email vom 15.02.2022 informiert.

Information: Förderaufruf Stärkung kleinräumiger Angebote

Der Haushalts- und Finanzierungsausschuss hat der Finanzierung der „Stärkung kleinräumiger Angebote“ aus dem Bremen-Fonds am 18.02.22 zugestimmt. Ein Förderaufruf ist mit Frist bis zum 15.03.2022 versendet worden. Der Ausschuss wird in dieser Sitzung erneut auf den Förderaufruf hingewiesen. Weitere Förderaufrufe werden folgen.

Eine Veranstaltung zum Thema Ombudsstelle ist für den 16.05.2022 geplant. Sobald nähere Details feststehen, wird eine Einladung verschickt.

TOP 11: Verschiedenes

Frau Hüsken weist daraufhin, dass der Ausschuss im April unter der Leitung von Cindi Tuncel stattfindet.

für das Protokoll:

Melisa Marx